

# **Die CDU auf Landesebene. Politische Strategien im Vergleich**

Arijana Neumann

## **Zusammenfassung**

Ausgehend von der Tatsache, dass föderale Parteienforschung immer noch ein unterthematizierter Aspekt der Politikwissenschaft in Deutschland ist, folgt die qualitative Studie der Fragestellung, wie es der CDU in den Ländern gelingt an die Regierung zu gelangen und was sie tut, um sich dort an der Regierung zu halten. Methodisch wird die Fragestellung anhand des Ansatzes der politischen Strategie von Raschke und Tils operationalisiert, wobei die Aspekte des strategischen Handelns und des strategischen Zentrums im Mittelpunkt stehen.

Das Erkenntnisinteresse der Studie folgt der These von Grande (2001: 179), nach der föderale Systeme auch dynamische Systeme sind. Die Betrachtung des Übergangs von der Opposition in die Regierung wurde ausgewählt, weil Parteien in dieser Phase besonderen Herausforderungen und Veränderungsdynamiken gegenüberstehen, wie anhand von vier Fallstudien gezeigt wird. Die Fallbeispiele Hessen, Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden gemäß der negativen Fallauswahl ausgewählt. Als methodische Klammer innerhalb der Fallstudien dient die Definition von Strategie als Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkül, wobei organisations- und policybezogene Aspekte miteinander verbunden werden.

Während die Fallstudien den Schwerpunkt auf die Entwicklungsprozesse innerhalb der Landesparteien legen, richtet sich der Fokus beim Vergleich, der an die Fallstudien anschließt, mehr auf die Strategien der Landesparteien, ihre Machtziele zu erreichen. Im Vergleich zeichnen sich die folgenden drei Arbeitsergebnisse ab: Erstens ist es nicht nur vom Bundestrend abhängig, ob es auf Landesebene zu einem Regierungswechsel kommt, obwohl dies vom second-order-elections Ansatz oft unterstellt wird, sondern auch von der Beschaffenheit der Landesregierung und der Oppositionsparteien zum Zeitpunkt der Wahl. Zweitens hat sich nach einem Regierungswechsel gezeigt, dass bei der Verwirklichung von Gestaltungszielen ständige responsive Abwägungsprozesse mit dem Machtziel des Erhalts an der Regierung notwendig sind. Ziel der Regierungspartei ist dabei ein hoher Grad der Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit sowie ein Amtsbonus des Ministerpräsidenten, da beide Faktoren für die Wiederwahl entscheidend sind. Drittens ließ sich allen Zentralisierungsmythen zum Trotz feststellen, dass CDU-Landesparteien gemäß ihrer Ausstattung mit personellen und finanziellen Ressourcen zu autonomem Handeln und selektiven Umweltanpassungen fähig waren.